

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Februar 2015

02/2015

DIE LINKE. OPR auf einem guten Weg

Gesamtmitgliederversammlung mit Neuwahl des Kreisvorstandes

Am 24. Januar befassten sich der Landesvorstand und der Landesausschuss der LINKEN. Brandenburg erstmalig mit einem umfangreichen Papier zur Analyse der Strukturen in der Partei. Dabei wurde deutlich, dass DIE LINKE vor einer großen Herausforderung steht, will man die politische Handlungsfähigkeit auch in den zukünftigen Jahren gewährleisten.

Aufgrund des hohen Altersdurchschnitts sind die Mitgliederzahlen weiterhin rückläufig, damit sinkt auch das Beitragsaufkommen der Landespartei. Hinzu kommen die ausgedünnte Landtagsfraktion im brandenburgischen Landtag und der damit verbundene Verlust an Ressourcen. Vielerorts gibt es zwar neue Mitglieder, doch die fangen den altersbedingten Verlust bei weitem nicht auf. Das betrifft nicht nur das Beitragsaufkommen, sondern auch Fragen der politischen Aufgaben(ver)teilung.



Margitta Mächtig
Fraktionsvorsitzende der LINKEN,
Sprecherin für Rechts- und Justizpolitik und
als Landtagsabgeordnete auch für die Betreuung
des Kreises OPR zuständig.

Der Kreisverband Ostprignitz-Ruppin ist eine rühmliche Ausnahme. Das zweite Jahr in Folge ist es gelungen, die Mitgliederzahl zu steigern (2014: 29 Neue), trotz der natürlichen Verluste. Damit ist OPR der mit Abstand jüngste Kreisverband in Brandenburg. Zur Wahrheit gehört aber, dass auch in OPR die Beiträge in der Summe sinken und die Zahl der Schul-

tern, auf die die Arbeit verteilt werden kann, ist überschaubar. Trotzdem befindet sich der Kreisverband auf einem guten Weg. Stabilität, politische Verlässlichkeit und Erkennbarkeit haben zugenommen – trotz teilweiser schmerzlicher Wahlergebnisse in den vergangenen Jahren. Die Partei ist immer noch gut verankert in den kommunalen Vertretungen und die Fraktionen treten zurzeit mit großer Geschlossenheit auf. Die Verankerung der Partei in den Vereinen und Verbänden ist nicht mehr so groß wie in den 90er Jahren, doch werden wir immer noch als verlässlicher Ansprechpartner wahrgenommen und genutzt.

Zukunftsaufgaben

In der Zukunft muss es gelingen, den erfolgreichen Weg in der Neumitgliedergewinnung fortzusetzen. Mindestens genauso wichtig wird es aber sein, die neuen Genossinnen und Genossen an die Parteiarbeit und in die politische Arbeit in den kommunalen Gremien und in den Verbänden heranzuführen und einzubinden. Dazu gehört auch, dass Verantwortung abgegeben wird, der sprichwörtliche Staffelstab weitergereicht wird. Klar wird das nicht reibungslos erfolgen. Umso wichtiger ist die innerparteiliche Solidarität und die Bereitschaft zwischen den Generationen der Parteimitglieder, Erfahrungen weiterzugeben und anzunehmen, Neues auszuprobieren. Dass bei diesem Prozess Fehler begangen werden können, muss jedem klar sein. Zwar sind Fehler nicht schön, zur Katastrophe werden sie aber erst aus, wenn sie nicht solidarisch aufgearbeitet werden.

Neuwahl des Kreisvorstandes

Am 28. Februar 2015 werden im Rahmen einer Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN. OPR turnusgemäß Neuwahlen zum Kreisvorstand stattfinden. Der bisherige Kreisvorstand wird einen Personalvorschlag unterbreiten, der die



Holger Kippenhahn

Die Wählergemeinschaft Heiligengraber Land mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Hans-Heinrich Grünhagen, hat Bürgermeister Holger Kippenhahn am 5. Januar 2015 einstimmig als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters unserer Gemeinde nominiert. Die Bürgerliste Blumenthal-Grabow-Rosenwinkel mit der Fraktionsvorsitzenden, Bettina Teiche, unterstützt ebenfalls diese Kandidatur. Holger Kippenhahn versteht sich nicht allein als Kandidat dieser Gruppierungen, sondern vielmehr als Bürgermeister und Bürgermeisterkandidat aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Heiligengrabe.

Mitgliederstruktur des Kreisverbandes gut widerspiegeln wird. Eine personelle Veränderung steht an. Das ist nichts dramatisches, sondern die Chance für neue Ideen. Vielleicht gelingt es sogar, die Verbindung von Jugend und Erfahrung personell stärker darzustellen, eine Möglichkeit wäre z.B. die Wahl einer Doppelspitze zur Führung des Kreisverbandes.

Fortsetzung auf Seite 3



Glückwunsch!

**Allen unseren Genossinnen und
Sympathisantinnen,
allen Mädchen, Frauen, Müttern und
Großmüttern,
allen Leserinnen unserer
»Märkischen Linken«
gratulieren wir ganz herzlich zum
Internationalen Frauentag!**

Nie wieder!

Wir gedenken aller Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft - derer, die damals millionenfach in Konzentrationslagern planmäßig ermordet wurden... Wir gedenken derer, die heute im Namen von Nation, Religion oder Kapital verfolgt und ermordet werden. Die Verbrechen der deutschen Faschisten sind historisch der größte Bruch mit den Prinzipien der Zivilisation und des Humanismus... Wenn man Auschwitz besucht, wird das ganze Ausmaß der faschistischen Verbrechen überschaubar, aber keinesfalls begreifbar. Das Gelände des Vernichtungslagers Auschwitz II - Birkenau ist riesig. Viel größer, als es Dokumentationen vermitteln können. Auf dem gesamten Gelände hatte ich ein bedrückendes Gefühl - allem haftet das Gefühl von Tod an. Es war unangenehm, an Orten zu stehen, an denen wissentlich tausende Menschen ermordet wurden. Es war unangenehm, die Wege zu benutzen, die wissentlich für tausende Menschen die letzten Wege ihres Lebens waren. Es war unangenehm, bei kaltem Wetter das Gelände in warmer Kleidung zu besuchen, obwohl wissentlich tausende Menschen an diesem Ort erfroren sind...

Ich sprach auf dem gesamten Gelände kein einziges Wort, weil ich das Gefühl hatte, alles was ich hätte ausdrücken können, wäre der SHOA nicht gerecht geworden. Für mich wäre jedes Wort eine



Traditionell, wie jedes Jahr im Januar, nutzten 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 57 auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit, den Bundestag zu besuchen und Politik zum Anfassen zu erleben. So diskutierten wir u.a. in der Bundeszentrale für politische Bildung über aktuelle Probleme der Flüchtlingspolitik und Integration, am gleichen Tag gab es ein Informationsgespräch im Bundesministerium der Finanzen, eine ausgedehnte Stadtrundfahrt beendete diesen Tag.



Beleidigung für das Andenken der Opfer gewesen...

Die menschengemachte Barbarei aber verschwand und verschwindet nicht von allein. Sie muss aktiv bekämpft werden! Vor 70 Jahren war es die Rote Armee der Sowjetunion, die die Barbarei in Auschwitz beendete...

Die Menschenfeinde und Mörder von 1945 und vorher trugen Hakenkreuze. Die Menschenfeinde von heute tragen vieles - manchmal auch Nadelstreifenanzüge. Wir müssen also wachsam und kritisch sein. Aber vor allem müssen wir selbst aktiv werden, wenn es darum geht, dass der Ausspruch »Auschwitz darf sich niemals wiederholen!« keine Phrase bleibt. Wir dürfen nicht passiv zuschauen, wenn es zu Verbrechen gegen die Menschheit kommt! Wir müssen unsere Stimme und uns erheben und verhindern, dass die Mörder weiter agieren können. Wir dürfen nicht zusehen, wenn Unrecht geschieht. Das gilt universell! Und das ist auch das Vermächtnis, das uns Auschwitz aufträgt. NIE WIEDER!

Oliver Leonhardt

(Aus seiner Rede bei der Kranzniederlegung am 27.1.2015 in Neuruppin)

Der zweite Tag begann mit einem interessanten (und viel zu kurzen) Informationsgespräch mit Kirsten Tackmann über ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete. Es folgte die Besichtigung des Plenarsaals sowie ein Vortrag über Aufgaben und Arbeit des Bundestags, auch die Kuppel des Hauses konnte besichtigt werden.

Abschluss der Berlinfahrt bildete der Besuch der Internationalen Grünen Woche.

Achim Behringer

Kommentar

Die Schere klafft immer weiter auseinander

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern wächst die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr. Diese Entwicklung wirkt sich nicht mehr nur auf die Betroffenen aus, sondern schadet auch massiv den Volkswirtschaften, wie die OECD berichtet.

In Deutschland ist in den Jahren von 1990 bis 2010 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung nur noch um 26% gewachsen. Wäre die Ungleichheit der Einkommen wie vor 1990 geblieben, hätte das Bruttoinlandsprodukt etwa 32% betragen können. Im Jahr 2013 besaßen die reichsten ein Prozent der Weltbevölkerung 48 % des Wohlstands. Um diesen Trend zu stoppen, müssen u. a. Steuerflucht und Steuervermeidung ausgeschlossen werden und die Besteuerung von Kapital anstelle von Arbeit erfolgen.

Besonders stark wächst in Ostdeutschland die Altersarmut. Hier gehen jetzt Menschen in Rente, die z. T. 25 Jahre arbeitslos waren bzw. nach der Wende nie eine auskömmliche Erwerbsarbeit hatten. Für diese Menschen war die Wende eine Katastrophe!

Das statistische Bundesamt hat ermittelt, dass in Deutschland 3,1 Millionen Erwerbstätige kaum noch von ihrem Einkommen leben können. Das ist ein Skandal in einem der reichsten Länder! Viele der Betroffenen können nicht mehr oder nicht termingerecht ihre Miete bzw. Energierechnungen bezahlen, sie müssen beim Heizen sparen und können sich eine vollwertige Mahlzeit nur jeden zweiten Tag leisten. Auch bei kulturellen, sportlichen und sonstigen Aktivitäten müssen sich diese Menschen stark einschränken. Etwa 1,5 Millionen Erwerbstätige können sich nicht einmal einen einwöchigen Urlaub leisten, während für die Reichen die neue Yacht nicht teuer genug sein kann.

Nicht nur DIE LINKE, sondern auch die Sozialverbände und die Gewerkschaften beklagen eine Ignoranz der politisch Führenden in Deutschland zu dieser Problematik. Es scheint Merkel & Co. egal zu sein, wie es den Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit den Reichtum schaffen, wirklich ergeht. Dass darunter auch tausende Kinder leiden, wird einfach ignoriert. Welche Lösungswege es aus dieser Misere gibt, haben Politiker der LINKEN schon genauso oft aufgezeigt wie die OECD.

Achim Müller

Bürgerinitiative in Protzen weiter aktiv

Die im Oktober in Protzen gegründete Bürgerinitiative »Gegen Windräder-Wildwuchs in OPR« ist weiter sehr aktiv und kann auf erste Erfolge verweisen.

Konkret geht es um die Verhinderung des geplanten Windeignungsgebietes zwischen Protzen und Stöffin mit bis zu 18 über 200 m hohen Windrädern, welches sich dann nahtlos an das schon bestehende Gebiet bei Dabergotz/Temnitz mit bereits überproportional vielen Windrädern anschließt; und auch dort soll es noch weitergehen mit dem Bau von Windrädern! Aus diesem Grund sind wir gegen den »Wildwuchs« von Windrädern in unserer Region und damit gegen eine weitere Zerstörung unserer historisch gewachsenen Kulturlandschaft an der Luchkante.

Wir sind nicht generell gegen Windkraftanlagen (WKA), aber eine Energiewende mit Vernunft und einem gesunden Mix erneuerbarer Energien erfordert auch, dass gerade die Belange von Anwohnern in der Nähe von WKA hinreichend berücksichtigt werden. Es fehlen aktuelle Untersuchungen zu gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Windrädern auf den Menschen. Als Stichworte sollen hier nur genannt werden: Geräusche durch rotierende Flügel, Schattenwurf, Dauerblinken und Infraschall. Das kann zu



Schlafstörungen, Schwindel, Tinnitus und stressbedingten Erkrankungen führen.

Im Verbund mit dem »Aktionsbündnis Gegenwind OPR/OHV/Prignitz« und dem Dachverband »Volksinitiative Rettet Brandenburg« **treten wir daher für ein Moratorium zum Stopp der Planung weiterer Windeignungsgebiete ein**, bis alle Randbedingungen hinreichend geklärt sind. Des Weiteren treten wir gemeinsam für die Einführung der Abstandsregelung »10H« ein, d.h. der Abstand der WKA zur Wohnbebauung sollte das zehnfache der Höhe des jeweiligen Windrades betragen, mindestens aber 1500 m. Eine Regelung, die es beispielsweise in Bayern bereits gibt. Dazu werden gegenwärtig brandenburgweit 20.000 Unterschriften gesammelt, um sie dem Landtag zu übergeben.

Unsere BI hat entsprechende Anträge

auch an die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz/OHV gestellt sowie eine **Petition an den Petitionsausschuss des Landtages** gesandt. Wir treffen uns jeden 2. Montag im Gutshaus Protzen, um bis zur bevorstehenden Auslegung des neuen Regionalplanentwurfs Wind den Druck auf die Regionale Planungsgemeinschaft und auf die Regionalräte zu erhöhen und sie in dieser Frage zu sensibilisieren. Dazu nehmen wir auch Kontakt zu allen Regionalräten in OPR auf. In Thomas Voigt haben wir bereits einen Mitstreiter gewonnen.

Als weiteren Erfolg sehen wir auch an, dass sich nun im Nachbarort Manker ebenfalls eine Interessengemeinschaft gegen die »Verspargelung« der Landschaft bildet und mit uns zusammenarbeiten will. Auch mit dem direkt betroffenen Neuruppiner Ortsteil Stöffin haben wir bereits erste Kontakte geknüpft. Hier wollen wir unbedingt noch aktiver werden und die Stöffiner Bürger informieren, da es unter den Einwohnern erstaunlicherweise noch sehr ruhig bezüglich dieser Fragestellung ist.

Die Neuruppiner Stadtverwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze hat sich zu dieser Problematik für den Ortsteil Stöffin bisher scheinbar auch noch nicht positioniert.

Dieter Sarnow

Bürgerinitiative Protzen

Fortsetzung von Seite 1

Es ist gut, dass es gelungen ist, den Kreisverband an die Landtagsfraktion anzubinden. Leider gibt es keinen Abgeordneten der LINKEN aus der Region im Landtag. Umso mehr herrscht Freude, dass mit Margitta Mächtig als Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion eine profilierte Vertreterin der Partei gewonnen wurde, die ein Wahlkreisbüro in Kyritz eröffnen wird, dies personell ausstattet und damit sichergestellt ist, dass regelmäßige Sprechstunden und Termine im gesamten Landkreis stattfinden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist das Engagement der Wittstocker Genossinnen und Genossen. Durch eine Spendenvereinbarung ist der Bestand der Geschäftsstelle in der Dossesstadt für die nächsten Jahre abgesichert.

Doch nicht nur Strukturfragen werden den Kreisverband der LINKEN in der kommenden Zeit beschäftigen. Seit Monaten werden Ängste geschürt vor dem

Die LINKE. OPR auf einem guten Weg

verstärkten Zustrom von Flüchtlingen. Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu, gegenüber Menschen, die zu großen Teilen fliehen mussten, weil ihre eigentliche Heimat auch mit deutschen Waffen zerschossen und zerbombt wurde, weil ihr nacktes Leben in Gefahr ist.

Deutschland trägt eine große Mitverantwortung für die Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen in dieser Welt. Umso wichtiger ist, dass wir diese Flüchtlinge auch in unserem Landkreis willkommen heißen und sie schnell integrieren. DIE LINKE. OPR muss argumentativ den Ängsten in der Bevölkerung begegnen und Fremdenfeindlichkeit entschlossen gegenüberreten. So auch am 6. Juni in der Fontanestadt, wenn hunderte Nazis den sog. »Tag der deutschen Zukunft« zelebrieren wollen.

Interessant dürfte auch die Debatte zur Kommunalreform werden. DIE LINKE

tut gut daran, den Dialog zu suchen und **zunächst eine Funktionalreform**, die Neuaufteilung von Aufgaben, einer eigentlichen Gebietsreform voranzustellen. Sicher scheint zu sein, dass die Kommunalreform spätestens zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2019 greifen wird. Und nicht zuletzt haben wir - als wichtige politische Aufgabe im Kreisverband - den 70. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und den 70. Jahrestag der Bodenreform inhaltlich mit vorzubereiten.

Apropos Wahlen: DIE LINKE stellt mit Holger Kippenhahn einen allseits geachteten und gestandenen hauptamtlichen Bürgermeister in der Gemeinde Heiligengrave. Dieses Wahlamt zu verteidigen, dürfte eine der vordringlichsten Aufgaben des Kreisverbandes in den kommenden Wochen sein.

Ronny Kretschmer, Kreisvorsitzender

Bundestagsreport

Griechenland ist ein Zeichen der Hoffnung

Die erste Sitzungswoche im Februar 2015 stand ganz unter dem Eindruck des Politikwechsels in Griechenland. Er hat ein politisches Erdbeben ausgelöst, weil das Linksbündnis Syriza mit der politischen Forderung nach Ende der Austeritäts-Politik der EU die Wahlen so haushoch gewonnen hat, dass die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt wurde. Mit dem Begriff Austerität wird ein politisches Konzept beschrieben, das das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes über alle anderen Ziele stellt und dies über eine restriktive Ausgabenreduzierung erreichen will.

In Griechenland hat die sogenannte »Troika« (EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds und Europäische Zentralbank) im Auftrag der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, als Gegenleistung zu »Rettungspaketen« nach diesem selbst bei bürgerlichen Ökonomen unterdessen hochumstrittenen Konzept Auflagen zur drastischen Reduzierung öffentlicher Ausgaben erteilt, die zur Verschärfung der tiefen Wirtschaftsrezession beige-

tragen haben. Im Ergebnis leben unterdessen 50% der Bevölkerung in Armut, das Gesundheitssystem ist kollabiert, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 60%. Das Staatsdefizit ist infolge dessen nicht gesunken, sondern auf 175% weiter gestiegen. Pikanterweise sind von den Geldern des Rettungsschirms in Griechenland nur ca. 15% zur Stabilisierung der Staatstätigkeit verwendet worden, 85% landeten direkt oder indirekt im Bankensystem, darunter auch bei der Deutschen

Bank. Während in Deutschland in der Krise milliardenschwere Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft aufgelegt wurden - erinnert sei zum Beispiel an die Abwrackprämie für alte Autos - ist es ausgerechnet die Bundesregierung, die auf die Fortführung dieser falschen Politik auf Kosten einer Mehrheit in Griechenland besteht, die vorher nicht über ihre Verhältnisse gelebt hat.

Deshalb unterstützt DIE LINKE ausdrücklich den Kampf von Syriza gegen Korruption und Bereicherung im eigenen Land, sowie für eine soziale und solidarische EU-Politik. Der Wahlsieg

und die ersten Entscheidungen der Syriza-Regierung sind ein Weckruf der Hoffnung an alle sozialen und friedlichen Kräfte in Europa und weltweit. Die eindrucksvolle Demonstration des spanischen Linksbündnisses Podemos mit 100.000en Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigt, dass ein anderes Europa nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.

Neben diesem Thema hat DIE LINKE z. B. einen Antrag im Bundestag vorgelegt zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, mit der die Finanzierung der kommunalen Haushalte auf eine breitere und weniger konjunkturanfällige Basis gestellt werden soll. Dies wäre ein wirklicher Ausstieg aus der Verschuldungsspirale vieler Kommunen. Darüber hinaus haben wir die finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene beantragt - ein längst überfälliges Anliegen angesichts des Alters der Betroffenen. Wenigstens den schätzungsweise 2.000 noch Lebenden sollten wir endlich diese Geste der Anerkennung senden, wohlwissend, dass das erlittene Unrecht an ihnen und ihren Familien nicht wieder gutgemacht werden kann.

Kirsten Tackmann, MdB

Ihnen der Lorbeer, unser die Pflicht



Gedenken in Kyritz

Foto: Alexander Beckmann (MAZ)

Ohne mahrende Erinnerung an die als »Vergangenheit« von manchem unserer deutschen Mitbürger benannte Zeit von

Opfer des Nationalsozialismus und am ehemaligen jüdischen Friedhof. Dieser Gedenktag wird alljährlich am

1933 bis 1945 wird es keine Zukunft geben, wir haben die Verantwortung für diese.

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee versammelten sich ca. 45 Einwohner aus Kyritz und Umgebung am Denkmal für die

27. Januar, insbesondere durch unseren Regionalverband und die Stadtfraktion DIE LINKE, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Kyritz würdig gestaltet. In diesem Jahr waren erfreulich viele Jugendliche anwesend, denn es gilt, jungen Menschen historisches Wissen und emotionale Betroffenheit zu vermitteln.

Im Anschluss traf man sich in der Stadtbibliothek, im Gedenken und Erinnern an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, zu einer Lesung.

Der Stadtfraktion und Dieter Groß gilt ein besonderer Dank für Organisation und Unterstützung der Gedenkveranstaltungen in Kyritz.

Maren-S. Schulz
RV Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

Alles schön erfasst



Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat kürzlich eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet - die Antwort war recht aufschlussreich. Es heißt darin, dass der Bundesnachrichtendienst 22 laufende Meter Akten und das Bundesamt für Verfassungsschutz 28.000 Vorgänge mit Resultaten der DDR-Spionage in ihren Beständen hat.

Zwischen 1946 und April 1990 haben BND und seine Vorläuferorganisation Gehlen »zu Funktionären und Mandatsträgern des Staats- und Parteiapparates der sowjetischen Besatzungszone und später der DDR zu ca. 26.000 Personen Informationen erhoben.« Zudem wurden 18.500 Angehörige der NVA sowie 27.000 Personen, die »erkannte Mitarbeiter des MfS waren«, ausspioniert.

Auch Hans Modrow, DDR-Ministerpräsident in der schweren Zeit des Umbruchs, ist vom BND seit 1958 und vom Verfassungsschutz seit 1965 »beobachtet« worden.

Der BND habe Informationen »grundsätzlich ab der Ebene der ZK-Abteilungen erhoben«. Volkskammer, Staats- und Ministerrat, die Einzelministerien sowie sonstige zentrale Organe wurden ausspioniert. Beobachtet wurden auch die Blockparteien.

Da schau´ einer an. Solches hat doch bisher, laut bundesdeutschen Erkenntnissen, nur die DDR gemacht? Und nun hat auch die saubere ehemalige BRD solchen Dreck am Stecken??

Im November 1989 stellte der BND seine operative Aufklärung zu den neuen politischen Parteien in der DDR ein. Im Januar 1990 folgte die Einstellung der technischen Erfassung und der DDR-Briefkontrolle, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Und weiter: »Der BND hat die Aufklärung der DDR endgültig im April 1990 eingestellt.«

Hoffentlich sind wir als Ostdeutsche insgesamt (nicht nur DIE LINKE) heute nicht immer noch verdächtig??

(Die Fakten stammen aus einem ND-Artikel vom 17./18.01.2015)

Landrat soll zurücktreten

Aktuelles zum Statusverfahren vor dem Landgericht

Seit nunmehr 5 Jahren wird ein Streit ausgetragen, der sich einzig und allein um die Frage dreht, ob gewählte Vertreter der Belegschaft des größten Unternehmens des Landkreises an allen wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen beteiligt werden dürfen oder ob wichtige Entscheidungen nur eine Person allein treffen kann. Ob es einen mitbestimmten - zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Anteilseignern besetzten - Aufsichtsrat gibt, oder nur einen fakultativen Aufsichtsrat mit der Tatsache verbunden, dass die eigentliche Macht in der Gesellschafterversammlung liegt, deren einziges stimmberechtigtes Mitglied der Landrat in Person ist.

Es geht im Kern also um ein unterschiedliches Demokratieverständnis.

Der Gesetzgeber hat Anfang der 70er Jahre entschieden. In Unternehmen mit mehr als 2.000 Arbeitnehmern sollen diese demokratisch über die Belange des Unternehmens mitentscheiden dürfen. Dieses Gesetz ist etabliert und wird in vielen tausend Unternehmen in Deutschland angewendet - auch in solchen, die sich wie die PRO KLINIK HOLDING in kommunaler Hand befinden, auch in zahlreichen kommunalen Kliniken.

Nur in Ostprignitz-Ruppin ticken die Uhren anders. Hier wird demokratische Mitbestimmung der Belegschaft als persönlicher Machtverlust angesehen.

Wie in einem Rechtsstaat üblich: Für jede Streitfrage existiert ein Gericht, welches Entscheidungen trifft. So auch in unserem Fall. Schon 2012 haben Landgericht Neuruppin und Oberlandesgericht Brandenburg in einem sogenannten Statusverfahren eine Entscheidung getroffen. Das Mitbestimmungsgesetz ist für die PRO KLINIK HOLDING anzuwenden und damit ein mitbestimmter Aufsichtsrat zu bilden. Dieser Aufsichtsrat existiert und arbeitet nach den Grundsätzen dieses Gesetzes. Das Unternehmen ist bisher an keiner Stelle gefährdet worden durch Handlungen dieses mitbestimmten Aufsichtsrates.

Ein Zustand also, der alle Seiten befrieden könnte? Weit gefehlt!

Der Landrat kann nicht akzeptieren, dass er Unrecht hatte. Deshalb wurde der Gesellschaftsvertrag, also die Satzung

des Unternehmens, mehrmals nach den jeweiligen Entscheidungen der Gerichte »angepasst«. Die Satzung hat nun nichts mehr mit dem tatsächlichen Unternehmen zu tun. Es wurden wirtschaftlich unsinnige Fusionen von Unternehmensteilen durchgedrückt. Die Verwaltungs-GmbH mit der Rettungsdienste-GmbH verschmolzen. Es wurden Rechtsanwälte und Notare bemüht und kostbare Arbeitszeit der Unternehmensführung sowie der Kreisverwaltung gebunden und nicht unerhebliche finanzielle Mittel aufgewendet. Im Unternehmen wurde so eine permanente Unruhe geschürt. Die Belegschaft ist verunsichert.

All dieses Streben mündete darin, dass am Heiligabend 2013 im elektronischen Bundesanzeiger mitgeteilt wurde, dass man nunmehr die Voraussetzungen für die Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes nicht mehr gegeben sieht. Was nun wiederum folgte, ist ein neuerliches Statusverfahren, welches am 04. Februar diesen Jahres seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Der Vorsitzende Richter am Landgericht Neuruppin, Dr. Lütticke, stellte fest, dass all diese Satzungsänderungen, die Verschmelzung von Unternehmen, die Beschäftigung von all den Rechtsanwälten und Notaren, die Arbeitszeit im Unternehmen und Kreisverwaltung, die Unruhe und Verunsicherung sinnlos waren. Dass das verwendete Geld regelrecht verschwendet wurde.

Mehr noch, der Vorsitzende Richter stellte fest, dass die jetzige zurechtgezimmerete Satzung und die gelebte Realität im Unternehmen nicht mehr zusammenpassen. Er führte aus, dass man damit sogar Gefahr läuft, als Unternehmen aus dem Handelsregister gelöscht zu werden. Der Landrat und gleichzeitige Aufsichtsratsvorsitzende, Ralf Reinhardt, gefährdet durch seine Handlungen also das Unternehmen!!!

Das letzte bisschen Vertrauen ist nunmehr verbraucht. Den Abgeordneten des Kreistages kann man nur empfehlen, diesem Treiben nicht mehr tatenlos zuzusehen. Der Landrat benötigt ein klares politisches Signal. **Als Aufsichtsratsvorsitzender sollte er zurücktreten.**

Betriebsrat der Ruppiner Kliniken

Was Ihnen bisher nie über Griechenland gesagt wurde

Auszug aus einem offenen Brief von Regierungschef Alexis Tsipras an Deutschland

Liebe deutsche Leser, viele von Ihnen werden sich eine vorgefasste Meinung gebildet haben, aber: »Vorurteile sind nie ein guter Ratgeber, vor allem in Zeiten, wenn eine Wirtschaftskrise alle Stereotypen verstärkt und Fanatismus erzeugt wie Nationalismus und sogar Gewalt.« Seit dem Jahre 2010 war Griechenland nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen. Leider haben EU-Beamte entschieden, das Problem mit großen Darlehen und rigorosen Sparmaßnahmen zu lösen. Somit wurde »ein Insolvenzproblem mit Maßnahmen behandelt, als wäre es ein Fall von Zahlungsunfähigkeit.« Europa hat die Taktik eines wenig seriösen Bankiers übernommen, der sich weigert, faule Kredite anzuerkennen. Der Konkurs wurde somit in die Zukunft verschoben.

»Meine Partei, und ich persönlich, widersprechen heftig dem Darlehensvertrag vom Mai 2010 - nicht, weil Sie, die Bürger Deutschlands, uns nicht genug Geld gegeben hätten, sondern weil Sie uns viel, viel mehr, als Sie geben sollten, gegeben haben.« Dieses Geld haben die bisherigen Regierungen in das schwarze Loch der schon untragbaren Schulden geworfen. »Durch die Kombination von riesigen Darlehen und strengen Regierungs-Aus-

gabenkürzungen wurde nicht nur versäumt, die Schulden zu zügeln, sondern es wurden auch noch die Schwächsten der Bürger bestraft.« Menschen, die schon sehr bescheiden lebten, wurden zu Armen und Bettlern. »Trotz des offensichtlichen Scheiterns (dieser Politik) wird das noch bis zum heutigen Tag weiter durchgeführt.«



Die von Kommentatoren erkannte Stabilisierung und Anzeichen von Wachstum in Griechenland sind »nichts als eine Fata Morgana.« Diese Versuche, die anhaltende Krise Griechenlands als vorübergehend zu erklären, sind »eine Beleidigung für alle Europäer.« Sie haben es verdient, »die Wahrheit über Griechenland und über Europa zu erfahren.« Um ehrlich zu sein, Griechenland wird seine Schulden nie bedienen können, vor allem auch, weil Griechenland kontinuierlich fiskalischen Foltermethoden unterzogen wird.

Das Verharren in dieser Politik kommt den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen, während auf der anderen Seite unsere stolze Nation immer mehr gedemütigt wird. Hier besteht die akute Gefahr, dass sich Deutsche gegen Griechen und Griechen gegen Deutsche wenden. Das wäre katastrophal für Europa.

Wir sind verpflichtet, ein weiter so zu

beenden, nicht nur den deutschen Bürgern gegenüber, sondern auch zum Vorteil für alle Europäer!

»Unsere Aufgabe ist die Schaffung eines europäischen New Deal, in dem unser Volk atmen und in Würde leben kann.«

»Eine große Chance für Europa ist im Begriff, in Griechenland geboren zu werden. Diese Gelegenheit zu verpassen, kann sich Europa kaum leisten.«

(Zusammengefasst von Achim Müller. Dieser offene Brief erschien am 29.01.2015 bei »zerohedge.com« auf Englisch. Er wurde so autorisiert von Alexis Tsipras via Syriza.net. Ursprünglich erschien er schon am 13. Januar im »Handelsblatt« - Druckausgabe - nicht online.)

Kurzmeldungen

Gedenken im Belower Wald

Anlässlich des 70. Jahrestages des Gedenkens an den Todesmarsch Tausender Häftlinge aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück, von denen viele auch durch unseren Kreis in Richtung Ostsee getrieben wurden, um dort auf Schiffe verladen und im Meer versenkt zu werden, findet im Belower Wald am 17. April wieder eine große Gedenkveranstaltung statt (In diesem Wald hatten bekanntlich hunderte Häftlinge unter unmöglichen Bedingungen übernachten müssen.)

Nahezu hundert noch lebende ehemalige Häftlinge aus 13 Ländern sind eingeladen. Aus dem ganzen Kreis und dem Land werden Teilnehmer erwartet.

Kultur speziell für Kinder

Einen Kinderkulturführer hat der Landkreis OPR kürzlich herausgegeben. Er hat den Titel »Theos Entdeckungen« und lehnt sich damit an Fontanes Wanderungen durch die Mark an. Erarbeitet von Schülern aus Kyritz, Wittstock, Neuruppin und Rheinsberg, die von der Kulturmanagerin Dagmar Wunderlich betreut wurden, wird er Kindern des Kreises bei ihrer kulturellen Bildung helfen, ihnen Wissens- und Sehenswertes im Kreis vermitteln und anregen, sich damit näher vertraut zu machen. Ein darin enthaltener Veranstaltungskalender soll wöchentlich aktualisiert werden. Es gibt bisher nichts Vergleichbares im Land Brandenburg.

Merkel mit Troika gescheitert

Gaby Zimmer, Vorsitzende der Linksfraction im EU-Parlament, hat das Vorgehen der griechischen Linkspartei verteidigt. Sie erklärte dazu: »Wegen der humanitären Krise stehen Menschenleben auf dem Spiel. Ein Kartell von Konservativen und Sozialdemokraten in Griechenland hat bisher jede soziale Entlastung verhindert.« »Statt arroganter Entrüstung sollten sich deutsche Politiker ... fragen, welchen Anteil Merkel's harter Sparkurs am Zustandekommen dieser Regierung hat.« Dem fügte Gregor Gysi hinzu, dass auch andere finanzschwache Länder Europas

auf Distanz zu Merkel und den von ihr ausgehenden Sparkurs gehen werden. »Die Troika-Politik der EU ist gescheitert. Und damit ist Merkel hier gescheitert.«

Gysi kritisiert, dass die Troika eine Politik des Abbaus statt des Aufbaus in den verschuldeten Staaten verfolgt. Da der neue griechische Ministerpräsident Tsipras enger mit Zypern, Spanien, Italien, Portugal, aber auch Frankreich kooperieren will, »kann das sehr eng für Frau Merkel werden«, prophezeit Gysi.

Achim Müller

Todesmarsch-Gedenken **Eva Strittmatter geehrt**

Angeregt vom Stadtvorsitzenden der LINKEN Achim Behringer trafen sich Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft und des Stadtvorstandes Ende Januar mit Bürgermeister Jens-Peter Golde, um rechtzeitig über die gemeinsame Vorbereitung des 70. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai und vorher des 70. Jahrestages des Todesmarsches von Tausenden KZ-Häftlingen im April 1945 auch durch unseren Kreis zu beraten.

Der Bürgermeister sicherte zu, nach einer gemeinsamen Beratung mit der Leiterin der Todesmarsch-Gedenkstätte Belower Wald Frau Lange, sich speziell auch für die Neugestaltung der Gedenkstätte an der B 167 zwischen Wulkow und Herzberg einzusetzen und mit der Denkmalpflege Notwendiges zu klären. Festgestellt werden konnte, dass in den Orten an der Strecke des Todesmarsches die Stätten mit den Gedenktafeln nach bisheriger Übersicht zum größten Teil in einem guten Zustand sind und von den Gemeinden gepflegt und regelmäßig bepflanzt werden.

Überlegt wurden gemeinsame Veranstaltungen zur Erinnerung an den Tag der Befreiung, z.B. auf den sowjetischen Ehrenfriedhöfen in der Kreisstadt und in Alt Ruppin.

Mit einem Vortrag

»Die Ukraine-Krise - Ursachen und Hintergründe«

setzt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V., Basisgruppe Alt Ruppin, ihre Vortragsreihe zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragen fort. Zur Ukraine-Krise fanden bereits 2013/2014 mehrere Diskussionsrunden in unseren Veranstaltungen statt. Nun wird zu diesem Thema Herr Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Berlin und ehemaliger Diplomat in Kiew und Moskau, am **16. März, um 16.00 Uhr** in der Gaststätte »Zum Seebad« in Alt Ruppin einen Vortrag (mit anschließender Diskussion) halten. Dazu laden wir alle Interessenten ganz herzlich ein.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.03.	Heide Wissel	in Kleinzerlang	zum	72.
Am	9.03.	Joachim Behringer	in Neuruppin	zum	65.
Am	12.03.	Waltraut Prüter	in Wittstock	zum	77.
Am	15.03.	Ingeborg Steinke	in Wittstock	zum	83.
Am	16.03.	Gustav Steinke	in Wittstock	zum	82.
Am	17.03.	Marianne Kühn-Berger	in Neuruppin	zum	88.
Am	23.03.	Ernst Edelberg	in Wildberg	zum	85.
Am	23.03.	Beate Sahlmann	in Luhme	zum	84.
Am	25.03.	Ingeborg Taschenberger	in Dreetz	zum	78.
Am	26.03.	Gilda Wittig	in Schönberg	zum	88.
Am	27.03.	Ruth Vierke	in Neuruppin	zum	86.
Am	29.03.	Edgar Wittkopp	in Wittstock	zum	84.
Am	30.03.	Ursula Kormann	in Kyritz	zum	68.
Am	31.03.	Lisa Riedel	in Neuruppin	zum	90.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Mit einer kleinen Feierstunde auf dem Eva-Strittmatter-Platz im Rosengarten ehrten erstaunlich viele Neuruppiner Bürgerinnen und Bürger am 08.02.2015 die weit bekannte Schriftstellerin und Lyrikerin. Sie wäre an diesem Tage 85 Jahre geworden.

Dr. Götz, jahrelang gemeinsam mit seiner Frau eng mit ihr verbunden, fand bewegende Worte und zitierte Treffendes aus ihren Werken. Frau Weimar sprach in ihrer berührenden Art Gedichte von ihr. Anschließend fanden sich die Teilnehmer im Restaurant Schlossgarten zu einer Eva und Erwin Strittmatter gewidmeten literarischen Veranstaltung zusammen.

Am Vormittag hatten bereits etliche Neuruppiner am Gedenken auf dem kleinen Waldfriedhof in Dollgow-Schulzenhof teilgenommen, wo die Strittmatters - Eva, Erwin und Sohn Matti - ihre letzte Ruhe fanden. In Dollgow gab es, durch die Gemeinde organisiert, eine sehr gut besuchte Veranstaltung, wo Schüler des Strittmatter-Gymnasiums Gransee einen interessanten literarischen Vormittag zur Erinnerung an Eva Strittmatter gestalteten. Außerdem wurde ein bisher hier nicht bekannter Film über Eva S., gedreht Anfang der 1980er Jahre, gezeigt, der große Beachtung fand.

Im Ort Dollgow gibt es übrigens auf dem Dorfplatz bereits seit Jahren sehr informative und interessante Stelen, wo beide Strittmatters und ihr umfangreiches Werk kurz, prägnant und liebevoll gewürdigt werden. Die Gemeinde macht jedenfalls mehr mit ihren berühmten ehemaligen Bürgern, als z.B. die Stadt Neuruppin mit Eva Strittmatter, die hier geboren wurde und aufgewachsen ist... *ch-*

Die LAG informiert

Auf der letzten Sitzung der **Landesarbeitsgemeinschaft Schule und Bildung** wurde der Arbeitsplan für 2015 abgestimmt. Da wir uns mit Themen beschäftigen, die von allgemeinem Interesse sind bzw. auch Sympathisanten interessieren, gebe ich diese hier auch gern weiter, verbunden mit der Hoffnung, Mitstreiter für die Mitarbeit in der LAG zu gewinnen.

Die Themenpalette ist breit. Zu jedem Treffen tauschen wir uns über Aktuelles aus dem Bereich Bildung aus und erhalten Informationen, z. B. von Gerrit Große und Katrin Dannenberg aus der Landtagsarbeit. Peer Jürgens stellte sich als bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion vor.

Hier erste Termine und thematische Schwerpunkte:

- 20.02.15 - Neue Rahmenlehrpläne
- 20.03.15 - Gemeinschaftsschule/Schulzentren
- 24.04.15 - Vertretungsbudget
- 29.05.15 - Inklusionsveranstaltung

Außerdem wollen wir mit dem Netzwerk Willkommenskultur im Bereich Flüchtlingskinder in der Schule zusammenarbeiten. Ein weiterer Partner ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Im Herbst wird eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Schulzentren und zur Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Bildung stattfinden.

Petra Buschke, Wusterhausen

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Das Museum ist wieder da!

Etwa 1.000 Exponate warten auf ihre Besucher

Gerade rechtzeitig im 150. Jahr seines Bestehens feierte Neuruppin die Wiedereröffnung seines Museums im 1791 erbauten klassizistischen Noeldechen-Haus, das um einen modernen Anbau erweitert wurde und nun über 800 Quadratmeter Ausstellungsfläche verfügt.

Die Sammlung des Museums ist eine der ältesten im Land Brandenburg, sie wurde als »Zieten-Museum« erstmals 1865 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Mittelpunkt stehen natürlich die Ruppiner Bilderbogen, die Neuruppin in der ganzen Welt berühmt gemacht haben. Die Geschichte der Bilderbogen kann im großen Saal im ersten Stock erkundet werden.



Einer von mehr als 12.000 Bilderbogen aus dem Fundus des Museums.

Natürlich begegnet man in der Ausstellung bekannten Persönlichkeiten wie Friedrich Schinkel oder Theodor Fontane, aber auch

die Ur-, Früh- und Stadtgeschichte haben ihren Platz. Der besondere Reiz des Museums liegt in der Vielfalt seiner Themen und ihrer Verknüpfung untereinander sowie der Möglichkeit, den benachbarten Tempelgarten für einen Spaziergang auf den Spuren von Kronprinz Friedrich zu nutzen.

Wünschen wir dem Museum in den nächsten Monaten und Jahren einen regen Besucherandrang, besonders auch von jungen Menschen.

Der Eintritt ist bis zum vollendeten 18. Lebensjahr frei.

Jürgen Schubert

Foto: Jürgen Schubert

vollendeten 18. Lebensjahr frei.

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 25.2./18.3.15	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonabend, 28.02.15	Kreisparteitag DIE LINKE. OPR 10.00 Uhr, Fretzdorf - Autohof Herzsprung - 9 Uhr Bus Kreisgeschäftsstelle
Montag, 02.03.15	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 02.03.15	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 05.03.15	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 05.03.15	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Freitag, 06.03.15	Gesprächsrunde mit Gregor Gysi »Über Gott und die Welt - Nachdenken über Deutschland« 14.30 Uhr, Kloster Stift zum Heiligengrabe, Kapitelsaal, 16909 Heiligengrabe
Sonntag, 08.03.15	Frauentagsmatinee mit Sängerin Barbara Thalheim, Ministerin Diana Golze und MdB Kirsten Tackmann 11.00 Uhr, Kloster Stift zum Heiligengrabe, Kapitelsaal 10.00 Uhr Abfahrt Bus Kreisgeschäftsstelle
Mittwoch, 11.03.15	Eröffnung Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig 16.00 Uhr, Kyritz - Linkseck, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 11.03.15	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 12.03.15	Buchlesung Petra Pau »Gottlose Type-Meine unfrisierten Erinnerungen« 17.00 Uhr, Bürgerhaus Blumenthal

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE. OPR
Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);
Redaktion: Christa Horstmann, Tobias Lungfiel, Achim Müller,
Jürgen Schubert.

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«; stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für »Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit« und im »Beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe«; Vertreterin im Verwaltungsrat des »Absatzförderfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE - Gerd Klier

Tel.: 03391/2383

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420
Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086
Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Die namentlich gezeichneten Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 06.03.2015
Mi., 18.03.2015